

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft

**zu der Mitteilung des Rechnungshofs vom 5. Juli 2012
– Drucksache 15/1908**

**Denkschrift 2012 zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des
Landes Baden-Württemberg;
hier: Beitrag Nr. 8 – Datenübertragung zwischen den Hoch-
schulen und dem Landesamt für Besol-
dung und Versorgung**

Beschlussempfehlung

Der Landtag wolle beschließen:

- I. Von der Mitteilung des Rechnungshofs vom 5. Juli 2012 zu Beitrag Nr. 8 – Drucksache 15/1908 – Kenntnis zu nehmen.
- II. Die Landesregierung zu ersuchen,
 1. die Schnittstelle zwischen dem Personalverwaltungssystem der Hochschulen und dem Bezügeabrechnungssystem des Landesamts für Besoldung und Versorgung fertigzustellen, im gesamten Hochschulbereich einzuführen und die Datenübernahme beim Landesamt für Besoldung und Versorgung zu automatisieren;
 2. zu prüfen, ob die für Baden-Württemberg ermittelten Kosten des länderübergreifenden Vergleichs rings „Benchmarking Bezüge abrechnender Stellen“ hinsichtlich der Gesamtkosten für die Bezügeabrechnung (IT-System und Personalkosten) einem Wirtschaftlichkeitsvergleich mit anderen Ländern Stand hält;
 3. dem Landtag über das Veranlasste zu 1. bis 30. Juni 2013 und zu 2. bis 30. Juni 2014 zu berichten.

18. 10. 2012

Der Berichterstatter:

Dr. Reinhard Löffler

Der stellvertretende Vorsitzende:

Dr. Markus Rösler

Ausgegeben: 22. 11. 2012

*Drucksachen und Plenarprotokolle sind im Internet
abrufbar unter: www.landtag-bw.de/Dokumente*

*Der Landtag druckt auf Recyclingpapier, ausgezeich-
net mit dem Umweltzeichen „Der Blaue Engel“.*

Bericht

Der Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft beriet die Mitteilung Drucksache 15/1908 in seiner 21. Sitzung am 18. Oktober 2012. Als *Anlage* ist diesem Bericht eine Anregung des Rechnungshofs für eine Beschlussempfehlung des Ausschusses an das Plenum beigefügt.

Der Berichterstatter erklärte, er trage den Beschlussvorschlag des Rechnungshofs (*Anlage*) mit. Bevor Grüne und SPD der früheren Landesregierung unter CDU und FDP/DVP wieder Versäumnisse vorhielten, weise er darauf hin, dass man nach Seneca nicht in der Vergangenheit lebe. Die jetzige Regierungskoalition habe vielmehr die Gegenwart zu gestalten. Dem werde sie bisher aber nicht gerecht. So schreibe der Rechnungshof in seinem Denkschriftbeitrag richtigerweise:

Das Projekt der elektronischen Datenübertragung zwischen den Hochschulen und dem Landesamt für Besoldung und Versorgung muss endlich ins Ziel gebracht werden.

Er bitte die Landesregierung, dieser Forderung nachzukommen.

Ein Abgeordneter der SPD brachte vor, der Denkschriftbeitrag des Rechnungshofs zeige im Kleinen, wie wichtig eine einheitliche IT-Strategie des Landes sei. Es lasse sich schwer nachvollziehen, dass zwischen den elektronischen Systemen der Hochschulen und des Landesamts für Besoldung und Versorgung (LBV) noch keine ausreichende Schnittstelle bestehe. Seine Fraktion empfehle, sich klar zum Beschlussvorschlag des Rechnungshofs zu bekennen und darauf zu drängen, dass das vom Berichterstatter aufgegriffene Projekt endlich vorankomme.

Ein Abgeordneter der Grünen hielt dem Berichterstatter entgegen, in diesem Fall gelte sicherlich auch die Aussage, dass die Gegenwart nur derjenige verstehe, der die Vergangenheit kenne. Er fuhr fort, an dem Vorhaben, eine elektronische Datenübertragung zwischen den Hochschulen und dem LBV zu programmieren, werde schon seit elf Jahren gearbeitet. Offensichtlich seien schon viele an der Umsetzung dieses Projekts gescheitert. Es sei unbefriedigend, dass das LBV Daten, die die Hochschulen auf elektronischem Weg anlieferten, erneut in sein Bezügeabrechnungssystem eintippe. Die Grünen erachteten die Kritik durch den Rechnungshof als berechtigt und unterstützten dessen Beschlussvorschlag ausdrücklich.

Der Staatssekretär im Ministerium für Finanzen und Wirtschaft führte an, die elektronische Datenübertragung zwischen den Hochschulen und dem LBV müsse eindeutig verbessert werden. Auch dies lasse sich durch eine einheitliche IT-Strategie des Landes erreichen. Richard von Weizsäcker habe im Übrigen einmal geäußert:

Wer aber vor der Vergangenheit die Augen verschließt, wird blind für die Gegenwart.

Eine Vertreterin des Rechnungshofs zeigte auf, das Hauptproblem bei dem in Rede stehenden Projekt liege in der Vielzahl der beteiligten Stellen. Hätte es einen IT-Gesamtverantwortlichen gegeben, wäre der heutige Stand ein anderer.

Daraufhin stimmte der Ausschuss dem Beschlussvorschlag des Rechnungshofs (*Anlage*) ohne förmliche Abstimmung zu.

08. 11. 2012

Dr. Reinhard Löffler

Anlage

**Rechnungshof
Baden-Württemberg**

**Denkschrift 2012
Beitrag Nr. 8/Seite 87**

Anregung

**für eine Beschlussempfehlung
des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft**

zu der Mitteilung des Rechnungshofs vom 5. Juli 2012 – Drucksache 15/1908

**Denkschrift 2012 zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes
Baden-Württemberg;
hier: Beitrag Nr. 8 – Datenübertragung zwischen den Hochschulen und dem
Landesamt für Besoldung und Versorgung**

Der Landtag wolle beschließen:

- I. Von der Mitteilung des Rechnungshofs vom 5. Juli 2012 zu Beitrag Nr. 8 – Drucksache 15/1908 – Kenntnis zu nehmen.
- II. Die Landesregierung zu ersuchen,
 1. die Schnittstelle zwischen dem Personalverwaltungssystem der Hochschulen und dem Bezügeabrechnungssystem des Landesamts für Besoldung und Versorgung fertigzustellen, im gesamten Hochschulbereich einzuführen und die Datenübernahme beim Landesamt für Besoldung und Versorgung zu automatisieren;
 2. zu prüfen, ob die für Baden-Württemberg ermittelten Kosten des länderübergreifenden Vergleichsrings „Benchmarking Bezüge abrechnender Stellen“ hinsichtlich der Gesamtkosten für die Bezügeabrechnung (IT-System und Personalkosten) einem Wirtschaftlichkeitsvergleich mit anderen Ländern Stand hält;
 3. dem Landtag über das Veranlasste zu 1. bis 30. Juni 2013 und zu 2. bis 30. Juni 2014 zu berichten.

Karlsruhe, 2. Oktober 2012

gez. Günter Kunz

gez. Ria Taxis